

Wie sehen wir - was!?

- und laufend kommt hier das neueste Thema
- Die Gemeinde Wien stellt Flüchtlingen im Wege der Caritas einen modernen Wohnungsneubau zur Verfügung. Dieser Gemeindebau bietet nicht nur beeindruckende Funktionalität, sondern mit z.B. eingebauten Klimaanlage auch Komfort auf höchster Ebene. Wienerinnen oder Wiener haben vor einer Chance auf eine Gemeindewohnung neben Wartezeit viele Kriterien zu erfüllen.
- In Wien gibt es jährlich mehr als 3000 Anzeigen, die sich auf vermeintliche Straftaten von unmündigen Jugendlichen unter 14 Jahre beziehen. Diese Jugendlichen scheinen im Bewusstsein Ihres Schutzes vor Strafe immer selbstbewusster aus eigenem Antrieb oder angeleitet von Erwachsenen Mittätern unsere Gesellschaft zu verhöhnen.
- (GR) **Hass und Gewalt** in der Politik und Gesellschaft. Beobachter des politischen Klimas in Österreich leiden unter der täglichen Polarisierung und der Hasskommunikation. Woher kommt dieser Hass? Es sind Besserwisser, sehr oft nicht Österreicher, und auch Demokratieverweigerer, die nur ihre Meinung akzeptieren. Dazu kommen Diejenigen, die jede Gelegenheit nutzen, mit Ewiggestrigen Argumenten Österreich in den Dreck zu ziehen und für eigene Vorteile allen Österreichern ein schlechtes Gewissen machen wollen.
- (MK) **Schlechterstellung** gegenüber **Wienerinnen** und **Wiener** die mindesten 18 Jahre alt sein müssen und mindesten 2 Jahre Hauptwohnsitz dauerhaft in Wien haben. Österreichische Staatsbürgerschaft besitzen sowie unterschreiten der Einkommenshöchstgrenze vorliegt.

Unsere Begründung

- Aktuelles in Kürze
- Wienerinnen und Wiener, Senioren Jugendliche Österreicher leben in weniger gut ausgestatteten Wohnungen und es ist ihnen seitens der Stadt zumutbar fit für den Arbeitsmarkt zu sein. Diese Zielgruppe der Österreicher gehört gefördert. Es widerspricht auch dem Integrationsgedanken Asylwerber unter sich in einem Wohnblock zusammen leben zu lassen. Wien hat bereits genug Viertel, wo die österreichische Bevölkerung Minderheit ist.
- 3 Maßnahmen können dieses Dilemma entschärfen:
 - a) Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre, als Abschreckung für die Jugendlichen.
 - b) Haftung der Erziehungsberechtigten in Bezug auf deren (Erziehungs-) Verantwortlichkeit gegenüber den Jugendlichen und Pflicht zur finanziellen Wiedergutmachung mit allen rechtlichen Konsequenzen.
 - c) Prophylaxe und Aufklärung ab dem 10 Lebensjahr für alle Jugendlichen im Bereich der Schulverpflichtung.
- Es ist an der Zeit, dass die Österreicher über die eigene Geschichte reflektieren. Es gibt keine Erbschuld und es braucht keine Gewissensredner. Wir wissen, dass unsere Vorfahren, Großeltern und Urgroßeltern, in einer schwierigen Zeit lebten und Zwängen unterworfen waren, deren Nichtbefolgung tödliche Konsequenzen hatte. Zudem hat keine Religion das Recht, anderen Vorschriften zu machen. Religion ist reine Privatsache.
- seitens der Stadt zumutbar fit für den Arbeitsmarkt zu sein. Diese Zielgruppe der Österreicher gehört gefördert. Es widerspricht auch dem Integrationsgedanken Asylwerber unter sich in einem Wohnblock zusammen leben zu lassen. Wien hat bereits genug Gebiete, wo die österreichische Bevölkerung eine Minderheit darstellt.

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • (MK) Mehr als 3000 Anzeigen von unmündigen Jugendlichen unter 14 Jahre in Wien. Es ist die Pflicht nicht die Täter zu beschützen, sondern die Kinder und Jugendlichen und auch älteren Wiener vor der Narrenfreiheit der Täter • (KL) Handyverbot für Kinder und Jugendliche - Umgang mit Technologien lernen statt Verbot!! Politiker sind überfordert. Wenn die Schwachen keine Lösung haben, machen sie ein Verbot oder einen Arbeitskreis. • (KL) statt Tempo 150 sind 200 möglich – Einschränkungen nur an bestimmten Knotenpunkten. • (KL) der sogenannte Luft 100er ist unnötig – die Autofahrer müssen sich endlich in vielen Belangen zur Wehr setzen. • (KL) nicht die sogenannten Rechten sind Jene, die Hass und Gewalt schüren - nein es sind Jene linken Demokratieverweigerer, die nur ihre Meinung akzeptieren und bei Demos Hass verbreiten. Es sind Jene Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde wie ein Herr Deutsch, die uns bei jeder Gelegenheit ausrichten welch schlechtes Gewissen wir haben müssen – unsere Generationen brauchen keines mehr zu haben. • (KL) österreichisches Wahlrecht entspricht annähernd einer Autokratie. Sehr oft wird durch eine einzige Person (Bgm. Wien) bestimmt was passiert und wann und wie gewählt wird – wo ist da der Unterschied zu einer Autokratie?? In einer Demokratie hat kein Bundespräsident zu entscheiden, was er will – das ist sogar einer Diktatur ähnlich. • (KL) nicht wir Bürger haben es einfach hinzunehmen, wenn die schwachen ahnungslosen Politiker die Staatsverschuldung ins Uferlose treiben – „naja | <ul style="list-style-type: none"> • Es muss klar sein, dass Eltern für die Erziehung der Kinder und deren Verhalten haftbar gemacht werden. Einstellung von Sozialleistungen Kinderbeihilfe etc. bis zur Widergutmachung der angerichteten Schäden bei den Bezugsberechtigten. Gerichtliche Feststellung der Schadenshöhe und Einhebung bei den Eltern, bei Uneinbringlichkeit Pfändung. • Ein Handy ist eines der persönlichsten Dinge eines Menschen geworden – Bankdaten, Dokumente, Türöffner, Passwortmanager, und vieles mehr. Kein Mensch hat das Recht dies jemanden abzunehmen, auch keinem Kind. Digitalisierung, IT, KI und Blockchain sowie Handynutzung muss Teil des Unterrichts werden – Viele Nationen weit vor uns!! • Autobahnen werden in Österreich mit höchstem technischem Knowhow gebaut. Autos sind technisch für ein viel höheres Tempo ausgelegt. • Autos verbrauchen immer weniger und die E-Autos werden immer mehr. Warum soll hier etwas geprüft werden – Werte muss es schon seit vielen Jahren geben – haben die geschlafen? • es muss endlich Schluss sein uns ständig mit einer Erbschuld zu belasten. Wir werden auch unsere Eltern, Großeltern und Urgroßeltern nicht mehr verleugnen.
Es sei angeraten darüber nachzudenken, wann Kanaan erstmals erwähnt wurde und welche Region es heute ist, dies erklärt vieles. • Würde man Neu - und Kleinparteien die Möglichkeit einer Kandidatur erleichtern, würde es mehr mitbestimmende Parteien in Regierungen geben und dadurch mehr Demokratie. Wenn das Volk mit einer Mehrheit entschieden hat, hat ein Bundespräsident das zu akzeptieren und dem Wählerwillen zu folgen und nicht nach seinen Wünschen zu entscheiden – dieses Recht hat er nicht. • es kann nicht sein, dass jede neue Regierung ohne Konsequenzen unsere Steuergelder vernichtet und dem Obrigkeitshörigen Volk in Form von Steuern die Schadenswiedergutmachung aufbürdet. Nein wir |
|---|--|

müssen wir halt alle in die Tasche greifen“, nein es ist uns nicht mehr zumutbar!

lassen uns das nicht mehr gefallen. Es sind Strafverfahren gegen die Verursacher einzuleiten.

